

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB
zu den Drohungen der NATO
gegenüber Dänemark: An-
schlag gegen den Geist des
Bündnisses.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zur
CDU-Kampagne gegen die
Wohlfahrtsverbände in Nord-
rhein-Westfalen: Die caritati-
ven Verbände haben An-
spruch auf den Schutz der
Politik.

Seite 3

Dokumentation:

Wir dokumentieren den Mai-
Aufruf der SPD, den das
Präsidium der Partei verab-
schiedet hat.

Wortlaut
Seite 5

43. Jahrgang / 77

22. April 1988

Perfider Erpressungsversuch

Die Drohungen der NATO gegenüber Dänemark sind ein An-
schlag gegen den Geist des Bündnisses

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundes-
tages

Der Beschluß des dänischen Parlamentes, daß atomwaffen-
tragende Schiffe dänische Häfen nicht mehr anlaufen dür-
fen, ist Ausdruck einer konsequenten Ablehnung der Atom-
waffen, wie sie von der eindeutigen Mehrheit der dänischen
Bevölkerung vertreten wird.

Es ist das selbstverständliche Recht Dänemarks, in freier Ent-
scheidung Atomwaffen abzulehnen.

Sinn und Zweck der NATO ist die gemeinsame Sicherung von
Frieden und Freiheit demokratischer Verfassungsstaaten und
nicht der eines organisatorischen Rahmens für Atomwaffen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by the Social Democratic Party
of Germany



Es ist ein unerträglicher und die Idee des Bündnisses schwer beschädigender Vorgang, daß die NATO gegen die dänische Entscheidung einen perfiden Erpressungsversuch - bis hin zur Drohung einer Entlassung aus dem Bündnis - unternimmt.

Wenn der NATO die atomare Bewaffnungsstruktur wichtiger ist als die demokratische Entscheidungsfreiheit eines Mitgliedslandes gegen Atomwaffen, dann bläst sie dem Bündnis den Geist aus, mit dem es alleine Bestand haben kann.

Was gestern Neuseeland wegen seiner grundsätzlichen Ablehnung von Atomwaffen im Rahmen des ANZUS-Paktes passiert ist und heute von der NATO gegenüber Dänemark versucht wird, kann morgen auf andere NATO-Mitgliedsländer zukommen.

Völlig unabhängig von der Frage, ob andere NATO-Mitgliedsländer die dänische Position inhaltlich teilen, ist es prinzipiell notwendig, jeden Versuch einer Erpressung Dänemarks zurückzuweisen.

Ich fordere die Bundesregierung auf,

- die freie Entscheidung Dänemarks zu respektieren,
- und innerhalb der NATO darauf hinzuwirken, daß jeder Erpressungsversuch gegenüber Dänemark unterbleibt.

(22.4.1988/va-he/fr/rs)

* * *

Die caritativen Verbände haben Anspruch auf den Schutz der Politik

Zur CDU-Kampagne gegen die Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen

Von Horst Niggemeier MdB

Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion des Kreises Recklinghausen

Der erste Pulverdampf von den Sensations-Bomben der nordrhein-westfälischen CDU im Zusammenhang mit dem angeblich „größten Subventionsschwindel in der Geschichte“ des Landes bei den Freien Wohlfahrtsverbänden hat sich verzogen. Auf dem von der CDU leichtfertig konstruierten propagandistischen Schlachtfeld sind die Wohlfahrtsorganisationen als in der öffentlichen Meinung Blessierte zurückgeblieben.

In der zu diesem Thema am Mittwoch (20. April) stattgefundenen Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag hat Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann zwar die schiefen Bilder, wie sie von der CDU über die Wohlfahrtsorganisationen und das Heinemann-Ministerium an die Wand genagelt worden waren, wieder einigermaßen gerade gerichtet: Kein Wohlfahrtsverband hat „Millionenschwindel“ begangen! So weit, so gut.

Aber die christdemokratischen Enthüllungs-Parlamentarier in Düsseldorf müssen sich jedoch vorhalten lassen, daß es der Sache nicht dienlich war, hier und da festgestellte Unregelmäßigkeiten, die im Vergleich zu den richtliniengemäß verausgabten Millionenbeträgen lediglich Portokassen-Format haben, zu einem Skandal hochzustilisieren.

Für den Kenner der Arbeit der Wohlfahrtsverbände vor Ort läßt sich leicht nachvollziehen, wie dort mit viel Flexibilität versucht werden muß, akute Personal- und Finanzprobleme so zu lösen, daß die soziale Dienstleistung nicht gefährdet wird. Jedweder Formalismus müßte sich nachteilig für die caritative Arbeit auswirken. Diese Feststellung darf nicht als Freibrief für tatsächlich ungerechtfertigte Inanspruchnahme öffentlicher Mittel verstanden werden. Aber es muß auch der Spannungsbogen begriffen werden, unter dem sich unbürokratisch zu leistende caritative Arbeit und möglicherweise aus guten Gründen bürokratisch fixierte Zuschußrichtlinien zu bewegen haben.

Beanstandungen und Unregelmäßigkeiten werden jetzt geprüft. Das ist gut so. Weniger gut ist es jedoch, daß die NRW-CDU den öffentlichen Markt der Sensationen gewählt hat, um sich zu dieser Frage zu äußern.

Dem Caritas-Direktor Prälat Günter Berghaus vom Bistum Essen ist in diesem Zusammenhang in seiner öffentlich geäußerten Meinung nicht zu widersprechen, wonach „die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege parteipolitisch mißbraucht worden sind“.

Die CDU macht's möglich. Und Prälat Berghaus spricht den Rechnungsprüfern auch jegliche Kompetenz ab, über Inhalte der Beratung zu befinden, wie das im Bericht des Landesrechnungshofes geschehen ist.

Minister Heinemann hat gut daran getan, in der Landtagsdebatte der CDU den Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie mit dem gezielt in die Öffentlichkeit getragenen Prüfbericht „die gesamte Wohlfahrtspflege in ein völlig schiefes Licht gerückt“ und ihr „schweren Schaden zugefügt“ habe.

Es ist schon ein mehr als eigenartiges Verfahren, wenn die NRW-CDU öffentlich vom Millionenschwindel bei den Wohlfahrtsverbänden fasselt, ohne daß den Beschuldigten der Bericht des Landesrechnungshofes bekannt war. Dazu mag der schon zitierte Prälat Berghaus vom Caritasverband des Bistums Essen noch einmal zu Wort kommen:

„Wir halten es für einen verantwortungslosen Vorgang, daß der Bericht des Landesrechnungshofes nicht zuerst den Betroffenen, sondern über die Medien der Öffentlichkeit bekanntgemacht wurde, so daß keine Möglichkeit der Stellungnahme blieb.“

Daß der Prälat damit nicht Minister Hermann Heinemann gemeint haben kann, liegt auf der Hand; daß er die CDU nicht direkt beim Namen genannt hat, war wegen ihrer offenkundigen Urheber-schaft dieses „verantwortungslosen Vorgangs“ nicht notwendig.

Das Essener Bistumsblatt „Ruhrort“ meint zu der von der NRW-CDU zu verantwortenden Entwicklung drastisch deutlich: „Die ‚Bombe‘ ist ein Rohrkrepierer - der eigentliche Skandal sind pauschale Verdächtigungen.“

Und genau diese pauschalen Verdächtigungen haben zu einer pauschal angesetzten Kritik gegen die Wohlfahrtsverbände geführt. Die Bevölkerung wurde massiv verunsichert. Hier gilt es für sozialdemokratische Politiker vor Ort, öffentlich Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Notwendigkeit der caritativen Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände zu demonstrieren. Wie armseelig wäre es um unsere Gesellschaft bestellt, wenn wir in den Kommunen auf die Arbeit der zahllosen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Verbänden wie Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, DRK und anderen Organisationen verzichten müßten. Die Diskriminierungsaktionen der NRW-CDU sind jedenfalls nicht geeignet, das Heer der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zu verstärkten Aktivitäten zu ermuntern, denn wer läßt sich schon gern nachsagen, daß man in einem fragwürdigen Verband arbeitet. Und das noch freiwillig.

Die caritativen Verbände haben in dieser Situation Anspruch auf den Schutz durch die Politik. Der dem CDU-Landesverband NRW vorstehende Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sollte deshalb seinen Scharfmachern in Düsseldorf schnell die gelbe Karte zeigen, ehe noch weiter wahllos vor die Schienbeine derer getreten wird, die sich bisher durch faires Spiel ausgezeichnet haben.

Die caritativen Wohlfahrtsorganisationen können sich darauf verlassen, daß die Sozialdemokraten im Bewußtsein der bedeutenden gesellschaftspolitischen Rolle dieser Verbände weiter an deren Seite stehen werden.

(-/22.4.1988/rs/ka)

DOKUMENTATION

=====

Mai-Aufruf der SPD

Das Präsidium der SPD hat zum 1. Mai 1988 folgenden Aufruf verabschiedet.

„Wir fordern alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf, am 1. Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften einzutreten

- 0 für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit,
- 0 für die Erweiterung der Mitbestimmung und Ausbau der Arbeitnehmerrechte,
- 0 für die Abwehr der arbeitnehmerfeindlichen Umverteilungspolitik der Bundesregierung,
- 0 für Entspannung, Frieden und Abrüstung.

Die Massenarbeitslosigkeit ist die schlimmste Herausforderung an unsere Gesellschaft seit vielen Jahren. Die politische Strategie, die staatliche Verantwortung leugnet und auf höhere Unternehmergewinne und die Selbstheilungskräfte des Marktes setzt, ist gescheitert. Arbeitslosigkeit nimmt Millionen von Menschen die Aussicht auf eine bessere Zukunft und wird außerdem für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mißbraucht.

Wir fordern eine aktive Struktur- und Investitionspolitik der öffentlichen Hände. Unser Programm „Arbeit und Umwelt“ ist ein gutes Beispiel und verbindet die Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu gehört eine entsprechende Finanz- und Steuerpolitik.

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit gehört auch die Umverteilung der vorhandenen Arbeit. Die von den Gewerkschaften durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung hat viele Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Dieser Prozeß muß weitergehen, und Sozialdemokraten unterstützen auch weiterhin den Kampf der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung. Wir wollen diesen Kampf durch ein fortschrittliches Arbeitszeitrecht gesetzlich flankieren.

Der Einfluß der Arbeitnehmer auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung muß gestärkt werden. Deshalb ist die Sicherung der Montanmitbestimmung und der Ausbau der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen ebenso erforderlich wie der Ausbau der unmittelbaren Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieben und Verwaltungen. Die gegenwärtige Politik, Arbeitnehmerrechte abzubauen und die Gewerkschaften zu schwächen, muß energisch bekämpft werden.

Die vorgesehene Steuerreform begünstigt die Bezieher von hohem Einkommen und setzt die Umverteilungspolitik von unten nach oben fort. Außerdem höhlt sie die Finanzkraft der öffentlichen Hände aus. Vor allem den Gemeinden fehlen somit die notwendigen Mittel für arbeitsplatzschaffende Investitionen. Wir fordern eine Steuerreform, die Massenkaukraft stärkt und die Möglichkeiten für öffentliche Investitionen verbessert.

Unser in vielen Jahrzehnten erkämpftes System der sozialen Sicherung muß erhalten und konsolidiert werden. Das Solidarprinzip darf nicht ausgehöhlt werden. Dazu sind echte Strukturreformen erforderlich. Die gegenwärtigen Pläne der Bundesregierung, zum Beispiel im Gesundheitswesen, sind völlig ungeeignet, da sie nur eine einseitig die Lasten auf die Versicherten, das heißt die sozial Schwachen, verlagern.

Wir fordern eine zweite Runde der Entspannungspolitik. Die erfolgreiche Politik der 70er Jahre hat eine Entwicklung eingeleitet, in der zum ersten Mal echte Abrüstungsschritte möglich sind. Diese Politik muß im Interesse aller Menschen auf dieser Welt verstärkt fortgesetzt werden. Gerade wir Deutschen müssen darauf drängen, daß nicht immer neue und moderne Waffen angehäuft werden, sondern daß durch eine Politik des Vertrauens und der Entspannung die vorhandenen Waffen kontinuierlich und systematisch abgebaut werden und so der Frieden in der Welt sicherer gemacht wird.

Gewerkschaften und Sozialdemokraten haben gemeinsame Wurzeln und eine lange gemeinsame Geschichte. Die SPD ist keine Volkspartei und keine Gewerkschaftspartei, und die Gewerkschaften sind Einheitsgewerkschaften und keine sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die wichtigsten ihrer Ziele erreichen sie jedoch gemeinsam oder gar nicht. Wir werden dafür kämpfen, daß wieder die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien die Politik der Bundesrepublik prägt!

(-/22.4.1988/va-he/rs)

* * *